



# Stellungnahme

Alternative für Deutschland KV CLP-VEC 01. Februar 2024

---

Inhalt: Deutsche mit Migrationshintergrund engagieren sich in der AfD +++ Die Wahrheit zum privaten Treffen in Potsdam +++ AfD-Positionspapier zu Remigration räumt mit Deportationslüge auf

---

## Deutsche mit Migrationshintergrund engagieren sich in der AfD

Wir freuen uns, dass in den letzten Tagen eine Reihe unserer Mitglieder mit Migrationshintergrund in kurzen Videoclips zu der gegen die AfD gerichteten Hetz- und Lügenkampagne Stellung bezogen haben. Seit vielen Jahren engagieren sich Mitglieder mit Migrationshintergrund in der AfD. Auch wird die AfD vermehrt von Bürgern mit Migrationshintergrund gewählt. Der Versuch, der Partei anzudichten, sie wolle deutsche Staatsbürger mit Migrationshintergrund aus dem Land werfen, kann daher auch als ein Versuch gedeutet werden, einen Keil zwischen die AfD und ihre wachsende „migrantische“ Wählerschaft zu treiben. Wer aus angeblichem „Erschrecken“ über der AfD angegedichtete Pläne auf die Straße ging, ging wegen und für eine Lüge auf die Straße.

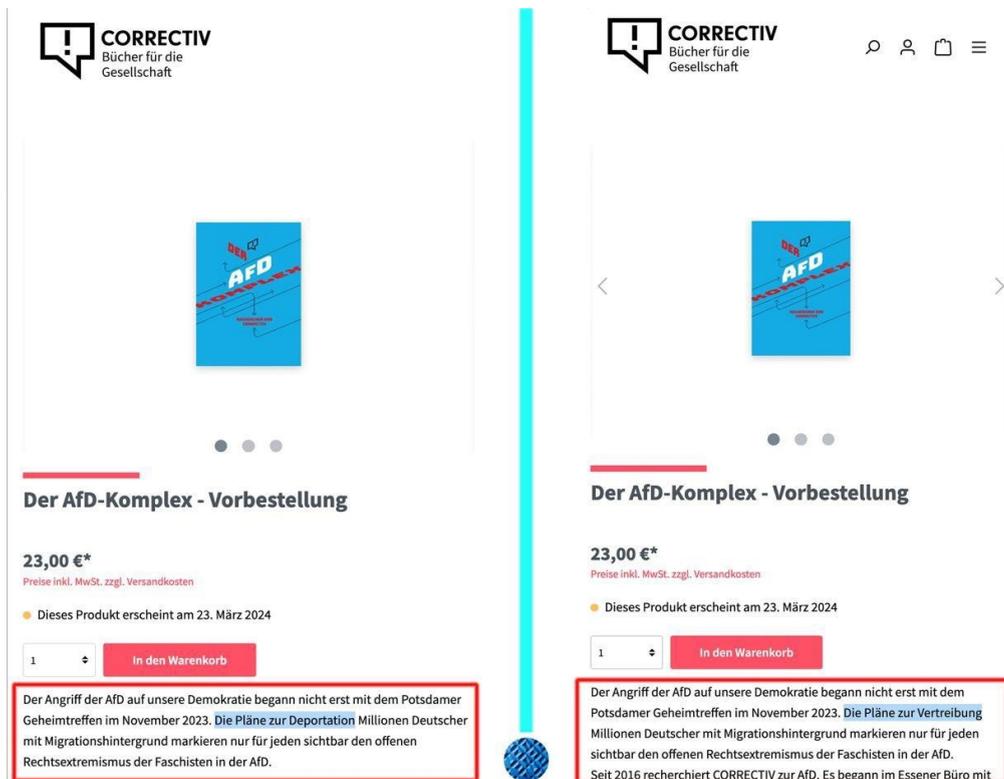
## „Correctiv“ korrigiert sich - und lügt weiter

Medien „berichten“ täglich von „Deportationen“, die CDU- und AfD-Politiker beim „Geheimtreffen“ (das in Wirklichkeit nicht geheim war) in Potsdam besprochen haben sollen. Zu dem privaten Treffen hatten ein Zahnmediziner und ein Unternehmer eingeladen, es nahmen u.a. mehrere Mitglieder der CDU, der Werte- Union sowie zwei Mitglieder der AfD teil, außerdem der Staatsrechtler und Dozent Ulrich Vosgerau. Es waren Referate zu zahlreichen Themen gehalten worden. „Correctiv“ sah sich nun zu einer Klarstellung veranlasst und - griff dabei gleichzeitig zu einer Lüge: Die stellvertretende Chefredakteurin von „Correctiv“, Anette Dowideit, stellte klar, dass ihr Portal anders über das Treffen in Potsdam berichtet habe, als dies nun im Nachhinein von den meisten übrigen Medien, darunter ARD und ZDF, getan werde.

In der ARD-Fernsehsendung „Presseclub“ sagte Dowideit am Sonntag: „Wir haben auch nicht von ‚Deportationen‘ gesprochen oder so.“ Das Wort sei von denjenigen aufgebracht worden, die das „interpretiert“ hätten.

Allerdings gibt es bis heute keinen Beleg dafür, dass der Begriff bei dem Treffen überhaupt gefallen sein soll.

Außerdem log Dowideit bei ihrem Auftritt. „Correctiv“ sprach in seinem Text ausdrücklich selbst von Deportationen. So heißt es im Text: „Was Sellner entwirft, erinnert an eine alte Idee: 1940 planten die Nationalsozialisten, vier Millionen Juden auf die Insel Madagaskar zu deportieren.“ Auch das Narrativ von „Vertreibung“ stammt von „Correctiv“ selbst. „Correctiv hat diese Passagen jetzt nachträglich gelöscht, um die eigene Schuld am falschen framing zu vertuschen.



## AfD-Positionspapier zur Remigration räumt mit Deportationslüge auf!

Der Bundesvorstand der Alternative für Deutschland hat am 29. Januar 2024 in Abstimmung mit dem programmatisch zuständigen Bundesfachausschuss ein Positionspapier unter dem Titel „Wie die AfD den Begriff Remigration definiert“ verabschiedet. Dieses enthält sieben Punkte, ist dieser Pressemitteilung beigefügt und kann wie folgt zusammengefasst werden: „Remigration umfasst alle Maßnahmen und Anreize zu einer rechtsstaatlichen und gesetzeskonformen Rückführung ausreisepflichtiger Ausländer.

Hinsichtlich der in den vergangenen Wochen gegen unsere Partei mit falschen Behauptungen zu denen auch die Lüge über angeblich von der AfD geplante Deportationen geführten Kampagne heißt es im Positionspapier wie folgt:

Die AfD unterscheidet nicht zwischen deutschen Staatsangehörigen mit und ohne Migrationshintergrund. Alle Deutschen sind ohne Ansehen von Herkunft, Abstammung, Weltanschauung oder Religionszugehörigkeit Teil unseres Staatsvolks. Die vielen gut integrierten Bürger mit Migrationshintergrund in Deutschland, welche die Chancen ergriffen haben, die unser Land bietet, leisten einen wichtigen Beitrag für unsere Wirtschaft und Gesellschaft. Sie sind uns ausdrücklich willkommen die Politik der AfD vertritt auch ihre Interessen! Verfassungswidrige Forderungen wie eine willkürliche kollektive Abschiebung von Ausländern unabhängig von einem bestehenden individuellen Aufenthaltsrecht oder gar die Abschiebung deutscher Staatsbürger mit Migrationshintergrund stoßen auf unsere entschiedene Ablehnung.